

Demokratie braucht Vielfalt – Vielfalt braucht Demokratie

Interview mit dem Sozialphilosophen Martin Saar

TUP: Herr Professor Saar, Sie waren im Frühjahr in den USA. Welchen Eindruck von der Grundstimmung im Land konnten Sie gewinnen? Sind Demokratie und Vielfalt tatsächlich in Gefahr oder ist das ein etwas zu alarmistischer Blick aus dem fernen Europa?

Saar: Ich muss gestehen, dass mein Eindruck leider war, dass der Blick aus der Nähe das Problem noch größer erscheinen ließ als aus der Ferne. Wir pflegen ja generell oft einen europäischen Kulturpessimismus mit Blick auf Amerika. Aber vor Ort hat mich schon die Rasanzen und Intensität der Ereignisse überrascht und die Härte, mit der die politischen Fundamente des Landes angegriffen werden. Die Bilder zuletzt aus Los Angeles sind auch ein Symbol für die Gewalttätigkeit in der Auseinandersetzung und für die Verzweiflung, mit der man der Gewalttätigkeit von oben begegnet. Was wir in den USA heute sehen, ist eine tiefgreifende Krise des demokratischen Systems und des demokratischen Lebens. Dort erodieren gegenwärtig ein gesellschaftlicher Konsens und eine politische Kultur, die historisch enorm stark auf Vielfältigkeit, Heterogenität, Vermischung und die Akzeptanz von Migration gegründet war.

Die vielen wirklich tiefgreifenden Probleme wie Inflation, das Zerreißen eines bestimmten sozialen Zusammenhalts, Wohnungsmarktfrazen, generell ein erkennbares Versagen der sozialen Sicherungssysteme und auch viele außenpolitische Herausforderungen werden durch die Regierung jetzt sehr stark als nationale Probleme interpretiert und entsprechend rhetorisch befeuert. Dies bedeutet eine scharfe Frontstellung gegenüber jenen, die keine oder keine „richtigen“ Amerikaner*innen sind. Und damit geraten die ideologisch aufgeladenen Themen von Grenzsicherung und Immigration ins Zentrum, auch wenn dies alle anderen Themen nicht wirklich berührt. Diese Externalisierungslogiken sind im Alltag bereits spür- und hörbar. Für viele Amerikaner*innen gibt es zu viele, die angeblich gar nicht dazugehören, die sich angeblich hier etwas erschleichen wollen. Diese Idee der ausgenutzten Nation ist in der medialen und auch in der Alltagsrhetorik präsent.

Kurz gesagt: Es ist also wirklich eine Diversitätskrise ausgebrochen, ein Problem mit der Verschiedenheit. Als Akademiker hat es mich besonders fassungslos gemacht, wie bruchlos und effektiv dies auch in den universitären Rahmen eindringen konnte. Diversität, Gleichstellung und Inklusion waren eigentlich immer fester Bestandteil der akademischen amerikanischen Kultur gewesen. Wie dies nun von oben, von den allerhöchsten bildungspolitischen Stellen der Trump-Administration, mit einem Handstreich zu einer Art „woker Obsession“ erklärt wird, hat mich sehr überrascht, und ebenso, auf wie wenig Widerstand es zunächst gestoßen ist.

Ja, Diversität selbst ist ins Fadenkreuz geraten – als Wort (mit einer angeblich dahinterliegenden linken Ideologie), aber auch als Sache und Wert. Es ist vor allem deshalb so schwer, sich diese enorm rasanten Veränderungen zu vergegenwärtigen, weil die Etablierung von Affirmative Action und Gleichstellungsprogrammen wie eine unumkehrbare soziale Errungenschaft der Civil-Rights-Bewegung schien. Der Konsens schien doch gerade zu sein, dass die amerikanische Gesellschaft nur dann einigermaßen fair miteinander umgehen kann, wenn sie anerkennt, dass es Benachteiligungen mit historischen Ursachen gibt und entsprechend bestimmte Gesellschaftsgruppen auf nachteilsausgleichende Weise behandelt werden müssen.

Was sind die tiefergehenden Gründe dafür, dass diese Errungenschaften so schnell verachtet werden?

Aus dem Nichts kommt so etwas nicht, es war ein langer Prozess, in dem sich vor allem die Republikanische Partei und Teile ihrer Basis über mindestens 25 Jahre hinweg radikalisiert haben. Die Republikaner haben am Ende dieser Entwicklung jemanden wie Trump und viele der populistisch und autoritär agierenden Leute in seinem Gefolge zum Zug kommen lassen, und viele Moderate sind, sei es aus Opportunismus oder aus Resignation, beiseitegetreten, als sich diese radikaleren Strömungen in der Mitte der Partei breit machten. Über diese Art auch zivilgesellschaftlichen Versagens und den besorgniserregenden Zustand des amerikanischen Konservatismus insgesamt muss man sich wirklich Sorgen machen. Auch die konservativen Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und konfessionellen Gruppen haben viel geduldet, zum Teil sogar noch angefeuert und somit zu dieser radikalisierten Vision eines neuen starken Amerika beigetragen. Das sind enorm beunruhigende Prozesse.

Wo bleiben die Reaktionen aus dem demokratischen Spektrum und der Demokratischen Partei?

Nach meiner sehr begrenzten Erfahrung vor Ort im Frühjahr, die sicher nicht zu verallgemeinern ist, existiert immer noch eine Lähmung angesichts dieser sehr aggressiven Prozesse. In meinem professionellen Nahbereich habe ich dies besonders stark wahrgenommen, da die Akademiker*innen auf die beginnenden Attacks auf die Hochschulen mit totaler Schockstarre reagierten. Aus dem Mittleren Westen wurde beunruhigt auf die exponierten universitären Standorte in New York oder Harvard geblickt, und dann war man komplett überrascht, dass es sehr wohl das ganze System betrifft. Ich hätte vermutet, die akademische Klasse wäre eine, die das rasch diagnostisch einordnen kann, gut vernetzt und organisiert ist, um schnell und öffentlichkeitswirksam zu reagieren. Dies hat aber eine ganze Weile gebraucht, und der Erfolg dieses Widerstands ist nicht garantiert.

Mit Blick auf die politische Landschaft ist es mehr als erstaunlich, dass die – im faktischen Zweiparteiensystem – ja einzige Oppositionspartei kaum vernehmbar ist als eine bündelnde Kraft von Gegenwehr außerhalb des Parlaments. Ihre Vertreter*innen beschränken sich (von wichtigen, aber einzelnen Ausnahmen abgesehen) bisher weitgehend auf ihre Rolle als Kritiker*innen im politischen System. Das kommt bei den verängstigten Teilen der Bevölkerung nicht gut an. In diesem Zusammenhang bin ich mit Blick auf die Annahme, wonach sich bei den Midterm-Wahlen 2026 alles schon wieder in die andere Richtung

zurechtrücken wird, sehr skeptisch. Die Demokratische Partei schafft es derzeit nicht, sich als wirkliche alternative Kraft darzustellen, sondern ihre Vertreter*innen erscheinen als Mitglieder der angeblich abgehobenen urbanen Elite, als die sie von der MAGA-Basis und von der ja in nichts weniger elitären, ultrareichen Clique um Trump dämonisiert wird. Das hat etwas Tragisches.

Warum wird Diversität überhaupt so schnell infrage gestellt?

Es ist von oben leicht markierbar als etwas, was nicht nötig, nicht mehr angebracht, sozusagen Luxus ist.

Was es jedoch de facto nicht ist, aber es trauen sich die politisch Verantwortlichen, so zu handeln. Warum?

Das steht in einem engen Zusammenhang mit der Polarisierung von Gruppen und Identitäten von oben. Es erscheint für Gesellschaften in Zeiten der Krise wie eine plausible Abkürzung, zu sagen, dass wir uns jetzt um „unsere“ Mehrheiten, um die „eigentliche“ Bevölkerung kümmern müssen und nicht um jene, die anders sind, die dazugekommen sind oder die besonders bedürftig sind. Dieser Gedanke von unterschiedlich wertvollen und unterschiedlich berechtigten Gruppen hat ganz offenkundig in Krisenzeiten eine besondere Verführungskraft, und er schlägt sich immer auf die Seite der angeblich so normalen Mehrheit oder Mitte der Gesellschaft, darin ist er populistisch und beruft sich auf das angeblich so einige „Volk“, auch wenn seine oft ja schwerreichen Ideolog*innen selbst oft eindeutig oligarchische Eigeninteressen haben.

In der Tradition der Kritischen Theorie, auf die auch ich mich beziehe, gab es immer auch den Versuch, gesellschaftliche Mechanismen auf eine ideologiekritische Weise zu analysieren und zu verstehen, wie sich bestimmte sozioökonomische Krisenphänomene übersetzen in Allmachts-, Reinheits- und Souveränitätsfantasien, in denen dann genau solche Teilungen in das „eigentliche“ Volk und die gefährlichen anderen vorkommen. Ungefähr ein solcher Mechanismus dürfte auch derzeit in den USA zum Zug kommen. Schauen Sie sich den letzten großen Gesetzesentwurf von Trump an, in dem Steuererleichterungen für die Reichen mit Kürzungen im Gesundheitssystem – an der Stelle, wo es die Allerärmsten betrifft – verknüpft sind, das könnte bei einem populistischen, das Volkswohl beschwörenden politischen Projekt ja überraschen. Das funktioniert nur, wenn zuvor bestimmte Gruppen als jene markiert wurden, die es aus irgendwelchen Gründen nicht geschafft haben und daran selbst schuld sein sollen und die ihre Misere angeblich aus eigener Kraft nicht überwinden können. Das betrifft in den USA paradoxerweise stark eine weiße Unterschicht, die Trump ja sogar mehrheitlich gewählt hat, aber eben auch eine migrantisierte Klasse und viele andere Minderheiten. Geschaffen wird so ein gesellschaftliches Klima, in dem deren Rechte aufgerechnet werden gegen das, was angeblich die Mehrheit oder die „true Americans“ wollen.

Trump und seine MAGA-Bewegung stoßen da in eine psychosoziale Disposition und entsprechende tiefliegende Ressentiments hinein. Am Horizont steht ein Gesellschaftsprojekt, das tatsächlich eher auf Stärke, individuellen Wohlstand und kollektive Souveränität setzt. Von daher steht die Abschaffung von „Diversity“ als Wort und als institutionelle Maßnahme wie ein Symbol dafür, was auch auf den anderen Politikfeldern passiert. Denn Diversität

bedeutet immer auch eine Abweichung von der Norm, die eine Norm der Starken und der Gesunden und der Einheimischen ist. Seit den 1960er-Jahren war die politische Kultur der USA eigentlich darauf eingestellt, das immer mitzudenken und hier für entsprechende Korrekturen zu sorgen. Deswegen haben sich vor allem in den 1990er-Jahren zumindest in bestimmten Sektoren minderheitsrechtemäßige Nachteilsausgleichspolitiken stark etablieren können. Dies rückgängig zu machen, ist etwas sehr Schwerwiegendes. Es ist umso erstaunlicher, dass es jetzt funktioniert – auch wenn es weder ganz leicht noch ganz schnell geht. Damit steht aber der gesamte normative Konsens einer Gesellschaft auf dem Spiel – dies ist der Abgrund, in den wir da gerade schauen.

Ist eine repräsentative Demokratie ein eher schwaches Konstrukt, das solchen Gefahren nur schwer etwas entgegenhalten kann, oder ist sie eigentlich stark genug und es hängt von den Figuren ab, die sich in diesem System bewegen?

Dies ist wahrscheinlich keine leicht zu entscheidende Alternative, wir sehen ja beides zur gleichen Zeit. Wir sehen gerade ein System, das einiges aushält, aber auch viel verletzlicher, fragiler, zerstörbarer ist, als wir es je gedacht hätten. Wir haben wahrscheinlich fast alle gedacht, dass die liberalen Demokratien des Westens relativ stabil sind, Krisen aushalten und verkraften und dass der demokratische Wechsel von Regierungen unterschiedlichster ideologischer Ausrichtungen korrigierend und stabilisierend wirkt. In den meisten Nationalgeschichten, zumindest der europäischen Nachkriegsdemokratien, haben wir eine Art von politischer Wechseldynamik als selbstverständlich angenommen. Jetzt merken wir jedoch, wie stark die Erosionskräfte wirken und in welcher Geschwindigkeit das institutionelle Gefüge selbst seine Stabilität verlieren kann, sodass die ideologische Übernahme durch eine mächtige und intolerante Seite möglich erscheint.

Hier sind für uns in Europa im letzten Jahrzehnt auch manche osteuropäischen Gesellschaften ein Menetekel. Wir müssen uns aber auch in Deutschland fragen: Was passiert bei uns in manchen Landesparlamenten, welche durch und durch intoleranten neuen Hegemonien entstehen in manchen ländlichen Räumen? Wo erodieren auch bei uns die Selbstheilungskräfte und vor allem die sozialen Ressourcen, um bestimmte politische Dynamiken aufzuhalten?

Die Situation in den USA führt uns vor Augen, wie schnell es gehen kann: Institutionelle Stabilitäten und Zusammenhänge, die Korrekturkräfte dargestellt hätten, zerbrechen und schaffen strategisch ausnutzbare Situationen. Mit Blick auf die USA, aber etwa auch auf Ungarn, Polen, Mexiko oder Israel, ist vielleicht das Erschreckendste der Angriff auf die juristischen Institutionen. Die enorme Bedeutung etwa der obersten Gerichte für Minderheitenschutz und Rechteverteidigung wird erst in dieser Krise ganz sichtbar, auch wenn sich die verschiedenen Verfassungstraditionen stark unterscheiden. Wir sehen jetzt, wie viel davon abhängt, dass diese Institutionen über Jahrzehnte hinweg eine – relative – Unabhängigkeit und Korrekturkraft besitzen. Wir lernen also gerade eine Lektion in Instabilität und Fragilität des gesamten demokratischen Systems. Daher ist ein Perspektivwechsel nötig, der uns hilft, über die mögliche Verteidigung, die aktive Fortifizierung jener Institutionen, von denen wir wissen, dass wir ohne sie nicht demokratisch agieren können, nachzudenken. Die Gerichte sind ein Feld, in dem dies derzeit am augenfälligsten ist. Wir müssen auch über die Medien

und die Informationssysteme sprechen. Auch in diesen Feldern ist völlig klar: Sind einmal bestimmte Fragilitäten erzeugt, fehlen die entsprechenden Gegenwehrressourcen.

Diese Entwicklung hat nicht über Nacht eingesetzt. Wie konnte es so weit kommen?

Zunächst sollten wir über den neuen Populismus und Autoritarismus offen reden. Ebenso müssen wir über die längerfristigen Umbauten unserer Post-1989/90-Gesellschaften reflektieren, um zu klären, warum diese antidemokratischen Dynamiken jetzt so effektiv greifen können. Dies gilt sowohl für unsere als auch die amerikanische Gesellschaft.

Woran denken Sie dabei konkret?

Wir haben es zugelassen, dass unsere öffentlichen Debatten und die Parteinauseinandersetzungen immer stärker einer Entpolitisierung und Technokratisierung unterlagen. Der Höhepunkt dieser Entwicklung lag vielleicht in den 1990er-Jahren. Seinerzeit schienen bestimmte ökonomische Wohlstandsdynamiken und sozialen Entfesselungen unhinterfragt nötig, die wiederum etablierte und stabile Institutionalisierungen infrage stellten. Parallel wurde diskutiert, warum die Medien nicht auch einer rein privatwirtschaftlich organisierten Dynamik des Marktes der Ideen folgen sollten. Prominent wurde die Idee, dass wir unsere sozialen Sicherungssysteme auf Leistungsbereitschaft und das Nutzen von angeblich brachliegenden Potenzialen umbauen sollten. All dies hat eine politische Mentalität gefördert, derzufolge man sich bestimmte Rücksichtnahmen angeblich gar nicht mehr leisten könne. Niemand solle daher ein prinzipielles Anrecht mehr auf Unterstützung haben, dies müsse man sich verdienen.

Das ist wahrscheinlich die politische Vorgeschichte, in der sich eine gewisse sozialpolitische Verschärfung und manche institutionelle Entsicherungen schon angebahnt haben, die nun, nach einiger Zeit, auch den Kontext für relativ radikale Positionierungen bilden. Ich denke, dies müsste diagnostisch und sozialhistorisch noch detaillierter aufgearbeitet werden; auch der Neoliberalismus ist längst nicht immer das eine monolithische ideologische politische Projekt gewesen, als das es von seinen Kritiker*innen häufig dargestellt wurde. Aber es bleibt richtig: Entpolitisierung und Ökonomisierung waren wirksam und tiefgreifend und prägen nun unsere Zeit, weil wir eine entpolitierte und ökonomisierte Öffentlichkeit und Gesellschaft erleben, die leicht und verführbar auf bestimmte manipulative und ideologische Angebote reagiert. Diesen etwas längerfristigen Zusammenhang sollten wir sehen – in den USA und auch in Europa.

Abschließend: Es gibt sozial Benachteiligte. Es gibt homosexuelle Menschen. Es gibt Menschen mit Migrationsgeschichte. Es gibt Menschen mit Behinderungen. Wo kann die Vielfalt wiederum stärker werden, obwohl das alles im Moment sehr in die Defensive geraten ist? Wo sehen Sie Grundstabilitäten, die wiederum zuversichtlich stimmen lassen könnten? Wo liegen die Potenziale von Vielfalt in einer repräsentativen Demokratie?

Faktische Diversität zu verleugnen, wäre absurd. Wir müssen als Gesellschaft verstehen, dass Diversität – unabhängig davon, was sie angeblich für Folgen oder Kosten hat – die Realität unserer Gesellschaften ist. Die Wissenschaft kann dazu beitragen, diese Realität zu belegen, herzuleiten und zu beschreiben, sowie klarmachen, dass die Rückkehr in eine nicht diverse,

homogene Gesellschaft ein quasi-faschistischer Traum ist. Keine Gesellschaft kann sich in der Welt, in der wir leben, noch abschotten oder homogenisieren, höchstens um den Preis enormer Gewalt und Exklusion.

Zugleich sollten die mit dieser faktischen Diversität (oder sogar „Superdiversität“, wie es die heutige Soziologie nennt) verbundenen Herausforderungen nicht verkannt werden. Unterschiedlichkeit bedeutet viel Arbeit. Die Menschen in unserer sozialen Welt sprechen nicht immer dieselben Sprachen, haben nicht dieselben Hintergrunderfahrungen, auf die man sich leicht beziehen könnte, haben zum Teil nicht dieselben Werteerzählungen, kommen mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen, biografischen Prägungen, aber auch tiefgreifenden sozialen und politischen Konflikten zusammen. Wahrscheinlich tut es niemandem gut, Diversität immer nur als Ressource und Potenzial zu beschreiben. Zu einer nüchternen Perspektive gehört es auch, das Komplexitätsniveau von diversen Bevölkerungen anzuerkennen, ohne in eine Romantisierung oder Dämonisierung von Vielfalt zu verfallen. Wenn wir das Reale der Diversität und ihre Komplexitätsdimension anerkennen, dann kann man in einem nächsten Schritt fragen: Wie kann dieses Miteinander mit unterschiedlichen Perspektiven, Geschichten und auch Werten etwas Starkes werden, das einer pluralen und in sich vielfältigen, heterogenen Gesellschaft nicht im Weg steht, sondern sie befördert? Vielfalt und Unterschiedlichkeit können zu etwas werden, was der Gesellschaft nutzt, weil sie besser lernt, wenn sie viele Gesichtspunkte kennt. Sie wird reflexiver, wenn sie unvoreingenommen ist in Bezug auf das, was sie voraussetzt, und wenn sie Räume für alle schafft, ihre Unterschiedlichkeiten mit- und einzubringen, aber auch diese zu verhandeln und zu transformieren im fairen, gewaltfreien Austausch mit den anderen. Ein solcher Raum oder Rahmen für die vielen sozialen Unterschiede kann das politische Projekt der Demokratie sein, unter bestimmten Bedingungen, die alles andere als selbstverständlich und stabil sind.

Demokratie ist nichts Einfaches oder Harmonisches, der von ihr gesuchte Konsens kann immer nur vorläufig sein; sie ist ein Bewältigungsmodus von pluraler, heterogener Gesellschaftlichkeit. Die Demokratie „löst“ ja nicht das Problem, dass bei Uneinigkeit Mehrheiten und Minderheiten Unterschiedliches wollen und für gut halten. Dies bleibt oft unversöhnlich und unauflösbar. Demokratie prozeduralisiert aber diesen Dissens, gibt ihm eine Form und stellt sicher, dass niemand auf Dauer von weiterer Debatte und Partizipation ausgeschlossen wird und dass auch die fundamentalen Rechte der Minderheiten gewahrt bleiben. Dies ist anspruchsvoll, aber kein Ideal einer harmonischen Einigkeit. Ein weniger aufgeladenes, vielleicht auch weniger idealisiertes Bild von Demokratie macht es auch ein bisschen leichter zu verstehen, warum Demokratie Diversität bewältigbar macht und warum Demokratie hilft, mit Verschiedenheit zu leben. Wir brauchen die Demokratie vor allem aber auch deshalb, weil die Leute, die in ihr leben und partizipieren, verschieden sind, Verschiedenes brauchen, Verschiedenes wollen.

Das politische Projekt einer pluralistischen oder pluralen Gesellschaft ist aus dem Grund demokratisch, weil die demokratischen Verfahren dabei helfen, genau mit dieser Gegebenheit zu leben und zurechtzukommen (und sie nicht aufzulösen). Sie geben damit der potenziellen Konflikthaftigkeit und den Dynamiken, die aus Unterschiedlichkeit entstehen, eine Fassung, die nicht zerstörerisch ist für die Minderheiten und für die Schwachen. Von daher müssen

wir die Oligarchen und die Verfechter der homogenen Gesellschaft bekämpfen als das, was sie sind: Menschen- und Pluralitätsfeinde, die uns teilen und spalten wollen in jene, die es wert sind zu leben, sich durchzusetzen und glücklich zu sein, und jene, die es nicht sind.

Interview: Peter Kuleßa

Dr. Martin Saar

ist Professor für Sozialphilosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

E-Mail: saar@em.uni-frankfurt.de